



Foto: Moritz Schetter

Die Listen-Platzierten für ein friedliches, solidarisches und ökologisches Trepow-Köpenick

Kompetenzvielfalt und drei Frauen an der Spitze

BVV-Wahl 2026: Liste der Linken steht

! Nachdem die Linke Trepow-Köpenick im Januar 2026 die Kandidat:innen für die kommende Abgeordnetenhauswahl aufgestellt hat (s. Blättchen-Ausgabe Nr. 310), steht nun auch die Liste für die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung

(BVV) von Trepow-Köpenick fest. 27 Plätze umfasst diese Liste, die an der Spitze von drei engagierten Frauen unterschiedlicher Generationen angeführt wird.

So belegt Carolin Weingart (40), seit fünf Jahren Sozial- und Gesundheitsstadträtin für die Linke in

Trepow-Köpenick, Listenplatz 1 und hat sich in ihrer bisherigen Arbeit für ambulante Gesundheitsversorgung und den Ausbau sozialer Infrastruktur eingesetzt. Sie hat etwa die Arztpraxisbörse gestartet, die Arztsitze an neue Mediziner:innen vermittelt. Auf Listenplatz 2 steht

Lena Fries (29), die sich für eine konsequente Stadtentwicklung von unten einsetzt, Mitglied im Bezirksvorstand ist, sich in der Bürgerinitiative Pro Plänterwald engagiert hat und zudem als Direktkandidatin der Linken Trepow-Köpenick für Wahlkreis 4 (Altglienicke und Bohnsdorf) aufgestellt ist. Auf reichlich Erfahrung kann Karin Kant (68), auf Listenplatz 3, zurückblicken: Seit 1995 ist sie Mitglied in der BVV Trepow-Köpenick für die Linke und wirkt seit 2000 als jugendpolitische sowie wiederholt als schulpolitische Sprecherin in der BVV-Fraktion. Gernot Klemm, Mitglied der siebenköpfigen Personalfindungskommission, die diese Liste in Abstimmung mit dem Bezirksvorstand zusammengestellt hat, erklärt, worauf es bei der Auswahl der Kandidat:innen ankommt: „Wir wollten möglichst viele Kompetenzfelder abdecken, dabei aber sowohl Kandidat:innen mit fundierter Parteierfahrung als auch ganz junge Engagierte aufstellen. Mit absoluter Gewissheit können wir sagen, dass uns alle Platzierten auf dieser Liste gleichermaßen wichtig sind und sie alle einen wertvollen Beitrag leisten werden.“

■ ■ Fortsetzung auf Seite 2

Gysi meint ...

Volltanken als Drama

„Einmal volltanken bitte“, wurde in den letzten Wochen immer mehr zur gewagten Aussage an unseren Tankstellen. Beschäftigte, die zu ihrer Arbeit pendeln müssen, haben monatlich Mehrkosten von 150 Euro und mehr. Die Bundesregierung präsentierte als einzige „Lösung“, dass die Tankstellen ab 1. April die Preise nur noch einmal am Tag anheben dürfen. Mit dem Effekt, dass Benzin und Diesel noch mehr kosteten. Das Drama an

den Tankstellen zeigt, wie sehr die Bundesregierung auf allen Ebenen versagt.

Außenpolitisch schwimmt Kanzler Merz weiter im Fahrwasser von Präsident Trump und nutzt Deutschlands Möglichkeiten nicht, Einfluss zu nehmen. Wer zwar erklärt, der völkerrechtswidrige Angriff der USA und Israels auf den Iran sei nicht unser Krieg, aber die US-Kriegsmaschinerie in Ramstein unbehelligt weiter agieren lässt, bleibt ein Duckmäuser. Andere

EU-Länder sperrten den Überflug für Kampfflugzeuge oder verboten die Nutzung von US-Militärbasen für den Krieg. Sozial lädt die Bundesregierung die steigenden Preise bei der Bevölkerung und den Unternehmen ab. Obwohl die Mineralölkonzernhorrende Übergewinne erzielen, verweigert die Bundesregierung, diese durch eine Übergewinnsteuer wenigstens teilweise abzuschöpfen. Mit solchen Einnahmen aber könnte wie in anderen EU-Ländern der ÖPNV preiswerter gemacht, die Stromsteuer gesenkt oder ein Treibstoffpreisdeckel installiert werden. Wirtschaftlich erweist sich die Abkehr von der

Energiewende durch Bundeswirtschaftsministerin Reiche als besonders fatal. Statt den Ausbau der einheimischen erneuerbaren Energien und entsprechender Speicher wie auch Netzübertragungskapazitäten energisch voranzutreiben, vertieft der Kurs der Bundesregierung unsere Abhängigkeit von den fossilen Rohstoffmärkten und deren teuren Preiskapriolen. CDU/CSU und SPD regieren an den Nöten der Bevölkerung vorbei. Schlimmer noch, diese sind ihnen offenbar egal. Wer so regiert, zerstört das Vertrauen in die Demokratie.



Langjährige Erfahrung neben frischem Enthusiasmus

Fortsetzung von Seite 1

! Entsprechend findet sich auf den weiteren Plätzen der Liste eine Vielfalt an Kompetenzen und Erfahrungen wieder: So setzt sich Clemens Kluck vor allem für den Erhalt von Kultureinrichtungen in Treptow-Köpenick ein, während Veronika Weiß Antifaschismus, Anti-Militarismus und Feminismus als ihre Schwerpunkte betrachtet und Ulrike Schulz sich in den Bereichen Bildung, Integration und Inklusion stark macht.

Auf langjährige Erfahrung in der Bezirksverordnetenversammlung können Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender der Linken in der BVV,



Abstimmung über die Liste und das Wahlprogramm auf der Hauptversammlung im März 2026

Foto: Moritz Schetter

André Schubert, stellvertretender BVV-Vorsteher und Heike Kappel, sportpolitische Sprecherin, zurückblicken. Doch auch jüngere Stimmen bringen sich mit viel Enthusiasmus auf dieser Liste ein – dazu gehören etwa Leonie Blasche, Ribal Zeitouni und Clara Erbes, die allesamt noch in ihren 20ern sind, aber schon jetzt die Fraktion mit frischen Ideen zu echter Chancengleichheit, klimafreundlicher Mobilität und verbindender Klassenpolitik bereichern. Gemeinsam haben aber alle Kandidat:innen ihre entschlossene Haltung im Kampf für ein friedliches, solidarisches und ökologisches Treptow-Köpenick, wie es auch das Wahlprogramm vorsieht. ■ ■

Die gesamte Bezirksliste der Linken Treptow-Köpenick zur BVV-Wahl 2026 lässt sich online einsehen unter: <https://gleft.de/6y6>

Ein (ver)sorgender Bezirk für Alle

Interview zum Bezirkswahlprogramm der Linken

+ Clemens Kluck hat mit weiteren Parteimitgliedern in Programm-Werkstätten am neuen Wahlprogramm gefeilt und berichtet im Gespräch zu seiner Entstehung und thematischen Schwerpunkten.

Wie ist das Wahlprogramm der Linken für Treptow-Köpenick zustande gekommen?

Bei zwei Programm-Werkstätten haben sich unzählige Mitglieder aus unseren verschiedenen Ortsteilen getroffen. Wir waren so viele, dass wir über 15 Gruppen bilden konnten, die sich intensiv mit je einem politischen Themenfeld beschäftigt haben. Die dort entstandenen Texte wurden dann von einer bezirklichen Wahlprogrammkommission zu einem Gesamtprogramm zusammengefügt. Dieses wurde dann noch durch sinnvolle Ergänzungs- und Änderungsanträge angepasst. Dank dieses partizipativen Prozesses haben wir das Programm bei unserem Bezirksparteitag dann nahezu einstimmig beschlossen.

Gab es ein Thema, das allen am



Hat am Wahlprogramm mitgearbeitet: Clemens Kluck

Bezirkswahlprogramm Beteiligten besonders wichtig war?

Wir haben im Wahlprogramm das Kapitel „Treptow-Köpenick – ein (ver)sorgender Bezirk für Alle“. Hier finden sich sehr viele Themen, die bei den Programm-Werkstätten besonders im Fokus standen, etwa Nahversorgung und Sorgearbeit. Nicht nur als flächenmäßig größter Bezirk stehen wir hier vor enormen Herausforderungen, sondern auch,

Foto: Moritz Schetter

weil Treptow-Köpenick sehr stark wächst und bei uns sehr viele ältere Menschen leben. Alle Nachbar:innen brauchen Lebensmitteläden, Ärztinnen und Apotheken, die sie fußläufig erreichen können. Dafür kämpfen wir bei uns in der Partei und das war im Programmprozess sehr stark zu spüren.

Welche Schwerpunkte sind seit 2023 neu in den Fokus gerückt und warum?

Die Weltlage hat sich seit 2023 noch einmal drastisch verschlechtert. Immer mehr Kriege und eine dazugehörige Aufrüstungsspirale sind allgegenwärtig. Und das spielt tatsächlich auch bei uns im Bezirkswahlprogramm eine große Rolle. Wir wollen Treptow-Köpenick als Bezirk des Friedens, der die zunehmende Militarisierung unseres Alltags nicht hinnimmt, sondern ganz bewusst das Zivile in den Fokus rückt. Bildung für Alle statt Bundeswehr im Klassenzimmer, Informationen für Hilfsbedürftige an den Bushaltestellen statt Karriere-Fishing der Bundeswehr und Unterstützung für Schutzsuchende statt Kriegsrhetorik.

Ein weiterer Schwerpunkt ist leider auch immer drängender: Armutsbetroffenheit. Immer mehr Nachbar*innen können sich die Mieten nicht mehr leisten und sind tagtäglich von massiv steigenden Preisen betroffen. Auch die Obdachlosigkeit im Bezirk nimmt sichtbar zu. Um hier gegenzusteuern, gibt es auch auf Bezirksebene einige Hebel: z.B. eine effektive Verfolgung von Mietwucher, Kiezkantinen mit günstigen Essensangeboten, Jugendhilfeeinrichtungen mit besserer personeller und finanzieller Ausstattung und eine Stärkung der Straßensozialarbeit. ■ ■



Das aktuelle Wahlprogramm der Linken Treptow-Köpenick ist hier abrufbar

**Aktueller Termin
Sozialsprechstunde
Die Linke hilft 21.05.26**

17–19 Uhr
In der Brückenstraße 28,
12439 Berlin
S Schöneweide,
Tram Brückenstraße

Kontakt: hilfe@dielinke-treptow-koepenick.de
Mobil/WhatsApp:
+49 163-27 01 371



Amtlichen Widerständen zum Trotz

Gelder für Familien- und Jugendprojekte gesichert



Wie die BVV dem CDU-Jugendstadtrat und dem Bezirksamt auf die Füße treten musste, damit Jugendsozialarbeit und Familienförderung nicht gekürzt werden

Mit Händen und Füßen hatten sich Jugendamt und CDU-Jugendstadtrat Grammelsdorf bis zuletzt gegen Lösungen für das knappe Budget im Jugendbereich ab 2026 gewehrt. Seit Ende 2025 hatten der Jugendhilfeausschuss, Bezirksverordnete und die Projekte selbst wiederholt Vorschläge gemacht, wie die vom Jugendamt vorgesehenen Kürzungen von bis zu sechs Prozent bei Jugendsozialarbeit und Familienförderung verhindert werden könnten. Doch Umverteilung, Prioritätensetzungen oder alternative Finanzierungsmöglichkeiten wurden vom Amt stets für unmöglich erklärt. Eigene Vorschläge lieferte das Jugendamt trotz wiederholter Nachfragen nicht.

Stattdessen griff das Amt sogar einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses juristisch an, der eine alternative Finanzierung vorsah. Schließlich lehnte der Ausschuss

die Kürzungsvorlage des Amtes ab und zwang damit das Jugendamt, die Gelder weiterhin wie bisher auszuschütten – ein Schritt, der in den Amtsstuben für Hektik sorgte. Ende März schließlich stellte Jugendstadtrat Grammelsdorf einen Antrag auf Mehrbedarf bei Bezirksbürgermeister und Finanzstadtrat Oliver Igel (SPD), nachdem die Forderung nach einer Lösung im Ausschuss und zunehmend auch auf der Straße und über Social-Media-Kanäle immer lauter geworden war. Etwa zur Hälfte aus dem eigenen Jugendbudget und aus anderen Mitteln des Bezirksamtes wird nun Geld bereitgestellt, das die drohenden Kürzungen abwendet. Insgesamt 121.000 Euro sollen das Schlimmste verhindern. Zum Vergleich: Im Dezember hatte das Jugendamt noch einen Bedarf von über zwei Millionen Euro angemeldet. Warum trotz der zusätzlichen 145.000 Euro zum bisherigen Budget, welche die Kooperation von SPD, Linke und Grüne bereits damals für 2026 und 2027 bereitgestellt hatten, weiterhin so große Summen fehlten, konnte das Amt

nie nachvollziehbar erklären. „Wie passiert das? Wo ist das Geld gelandet? Was haben Sie mit dem Geld gemacht, Herr Grammelsdorf? Verraten Sie es uns bitte“, fragte Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender der Linken, in der März-BVV. Die Antwort des Jugendstadtrats fiel ausweichend und flapsig aus: „Ich habe in meinen Taschen geguckt, da ist es nicht.“ In der Begründung des ehemaligen Schulleiters, warum er den Antrag auf Mehrbedarf lange abgelehnt hatte, klang indes durch, dass

Grammelsdorf offenbar die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen weniger wichtig seien: „Ich habe selber lange Jahre in der Wirtschaft gearbeitet, weiß, wie das ist, wenn man arbeitet, Steuern zahlt und dann hört, dass ein Haushaltsplan ständig überzogen wird. Und das ist genau das, was die Menschen da draußen wütend macht.“

Dass die eigentliche Wut der Bevölkerung eher der Tatsache gilt, dass Kürzungen ständig auf den Schultern der Schwächsten – Familien, Kindern und Jugendlichen – ausgetragen werden, scheint Grammelsdorf indes nicht in den Sinn zu kommen.



Die Kiezkassen-Saison ist eröffnet!

Anträge nun auch via App möglich



Für die Verwirklichung kleiner Projekte in den Kiezen des Bezirks bieten die Kiezkassen Treptow-Köpenick finanzielle Förderung an. Dafür werden in diesem Jahr 100.000 Euro aus dem Bezirkshaushalt zur Verfügung gestellt. Finanziert werden Vorhaben, die den Zusammenhalt im Kiez fördern,

Nachbarschaften stärken oder das Wohnumfeld verschönern, z.B. Selbsthilfe- und Nachbarschaftsprojekte, Pflanzaktionen, Hoffeste, Nachbarschaftsfeste, Straßenfeste, Vortragsveranstaltungen oder Material für Bürgerinformationen. Um möglichst vielen Bürger:innen die Möglichkeit zu geben, Projektideen für die Kiezkassen einzurei-

chen und einfacher durch die Förderung zu gelangen, wird neben den geplanten Kiezkassenveranstaltungen für die 20 Kiezkassen im Bezirk ab sofort die Kiezkassen-App www.kiezkasse.de eingesetzt. In der App findet man alle Informationen zur Kiezkassen-Saison rund um die Teilnahme, Termine und Ideensammlung in allen Regionen. Zudem werden Interessierte von der Ideeneinreichung über den Projektantrag bis zur Projektanrechnung digital begleitet und können dort ihre Daten eingeben, Bescheide und Anträge digital einreichen und im gesamten Förder-

prozess unkompliziert unterstützt werden.

Dennoch bleibt es bei der analogen Projektvorstellung: Projektideen müssen auf den Kiezkassenveranstaltungen persönlich oder durch entsandte Vertreter:innen vorgebracht werden. Nur so besteht die Chance, einen Zuschlag zur Förderung und alle nötigen Unterlagen für die offizielle Beantragung der Kiezkassenmittel zu erhalten.

Alle Infos und Termine unter: kiezkasse.de und <https://gleft.de/2KU>

Demokratie nur am „Katzentisch“?

Jugendparlament ausgebremst



In der Politik ist oft von der „Zukunft unserer Gesellschaft“ die Rede, wenn es um Kinder und Jugendliche geht. Doch wenn es darum geht, dieser Zukunft eine echte Stimme im Hier und Jetzt zu geben, scheiden sich in Treptow-Köpenick die Geister. In einer Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wurde Anfang des Jahres ein deutliches Stoppchild gesetzt – sehr zum Bedauern der Befürworter einer starken

Jugendbeteiligung. Eigentlich sollte es ein Moment des Aufbruchs für das neu entstehende Kinder- und Jugendparlament (KJP) sein. Die Fraktionen von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen hatten versucht, den Weg für echte Mitbestimmung zu ebnen. Das Ziel: Ein festgeschriebenes Antrags- und Rederecht für die jungen Parlamentarier, damit deren Anliegen nicht nur gehört, sondern auch offiziell im politischen Betrieb behandelt werden müssen.

Um die skeptische CDU ins Boot zu

holen, signalisierten die antragstellenden Fraktionen bereits im Vorfeld weitreichendes Entgegenkommen. Man bot abgeschwächte Varianten und moderate Regelungen an, um einen breiten Konsens für die Jugend des Bezirks zu finden. Doch die Hoffnung auf ein parteiübergreifendes Signal für die Demokratie platzte: CDU und AfD lehnten selbst diese Minimalvorschläge geschlossen ab.

Besonders die Linksfraktion zeigt sich empört über die Blockadehaltung. Für sie droht das KJP nun zu einem reinen „Schaufensterprojekt“ zu verkommen – hübsch anzusehen, aber ohne echten Einfluss auf die Ladengestaltung.

Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender der Linken in der BVV, fand nach der Sitzung deutliche Worte: „Dass CDU und AfD selbst Minimalvarianten ablehnen, zeigt: Sie wollen keine Beteiligung auf Augenhöhe, sondern die Jugend am Katzentisch der Demokratie par-

ken. Wer jungen Menschen das Rederecht verweigert, handelt kurz-sichtig.“ Die Fronten im Bezirk scheinen verhärtet. Während die konservative Seite und die AfD offenbar Bedenken hinsichtlich der formalen Abläufe oder der Kompetenzverteilung vorschieben, sehen die Befürworter darin eine fundamentale Ignoranz gegenüber der nächsten Generation.

Die Fraktion Die Linke kündigte bereits an, das Thema nicht ruhen zu lassen. Das Ziel bleibt eine rechts-sichere und praktikable Einbindung des KJP, die über bloßes Zuhören hinausgeht. Ob und wie das Jugendparlament unter diesen Voraussetzungen tatsächlich politische Gestaltungsmacht entfalten kann, bleibt nach dieser Abstimmung jedoch fraglicher denn je. Eines ist sicher: Der Kampf um den Platz am großen Tisch der Demokratie hat für die Jugendlichen in Treptow-Köpenick gerade erst begonnen. ●

Wahlen auch für Wohnungslose

Abbau struktureller Hürden gefordert



Auch wohnungslose Menschen haben ein Wahlrecht – dieses können sie aber aufgrund struktureller Hürden wie fehlender Meldeadressen, mangelnder Informationen oder abgelaufener Personaldokumente häufig nicht wahrnehmen. Die Linke hat daher zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht. Darin wird das Bezirksamt Treptow-Köpenick aufgefordert, an geeigneten Orten im öffentlichen Raum sowie in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe niedrigschwellig und barrierearm über die Möglichkeiten zur Wahrnehmung des Wahlrechts zu informieren. Dabei soll ausdrücklich auf mögliche Sammelanträge zur Eintragung in das Wählerverzeichnis durch Dritte – insbesondere soziale Träger, Beratungsstellen und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe – hingewiesen werden. In diesem Zusammenhang gilt es dann auch, mittellose sowie obdach- und wohnungslose Menschen bei der Neuausstellung oder Wiederbeschaffung von Personaldokumenten zu unterstützen, geeignete Beratungs- und Hilfsangebote bereitzustellen, Zugänge zu beste-

henden Sozialsystemen aufzuzeigen und diese für die Betroffenen praktisch zugänglich zu machen. Petra Reichardt, Sprecherin für Bürgerdienste aus der Fraktion Die Linke, erklärt dazu: „Demokratie darf nicht an einer fehlenden Meldeadresse scheitern. Wir müssen sicherstellen, dass auch wohnungslose Menschen ihr Wahlrecht kennen und praktisch ausüben können.“ Der Antrag wird derzeit in den Ausschüssen beraten. ●

Rathaus Briefing
links und lokal
Das Politikbriefing für Treptow-Köpenick

Jetzt hören!

QR code 1

QR code 2

Beschlüsse:

Beschlossen:

- IX/1198** Menstruationsartikel in Schulen bereitstellen (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
- IX/1201** Kapazitäten der Buslinie 160 (Siriusstr. ↔ Hasselwerderstr.) in den Morgenstunden erhöhen (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
- IX/1205** Mehr Transparenz: Einheitliche Berichterstattung des Bezirksamtes (SPD, Die Linke)
- IX/1084** Überprüfung des Verteilungsschlüssels für Wahlplakate (B'90Grüne, SPD, Die Linke)
- IX/1199** Mehr Kunst im öffentlichen Raum (Die Linke, B'90Grüne)
- IX/1222** Mähfreier Mai – auch in Treptow-Köpenick (B'90Grüne, SPD, Die Linke)
- IX/1170** Miete für den BdA Treptow sichern (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
- IX/1253** Keine Kürzungen in den Projekten nach §11, §13 und §16 des SGB VIII (2) (Die Linke, SPD, B'90Grüne)

In die Ausschüsse überwiesen:

- IX/1220** Sichere Querung über die Straße An der Wuhlheide auf Höhe der Nixenstraße endlich umsetzen (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
- IX/1221** Sicherheit für Demokra-

- tie und Vielfalt – Schutzkonzepte gegen rechtsextreme Angriffe im Bezirk stärken (Die Linke, SPD, B'90Grüne)
- IX/1226** Menschlichkeit und Vernunft im Aufenthaltsrecht: Integration fördern, Arbeitsmarkt öffnen, Bleibeperspektiven schaffen (Die Linke, B'90Grüne)
- IX/1252** Integrierte Entwicklung des Verkehrsraums Ostkreuz bezirksübergreifend planen (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
- IX/1255** Barrierefreie Tourismusangebote in Treptow-Köpenick (B'90Grüne, SPD, Die Linke)
- IX/1256** Erhalt der Bushaltestellenhäuschen „Kienappelweg“ auf dem Müggelheimer Damm (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
- IX/1257** Bussonderfahrstreifen auf der Eisenstraße verstetigen (Die Linke, SPD, B'90Grüne)
- IX/1259** Wahrnehmung des Wahlrechts durch obdachlose und wohnungslose Menschen unterstützen (Die Linke, B'90Grüne)

Details zu allen Anträgen gibt es beim Bezirksamt: gleft.de/5my



Mehr zu Linken Anträgen gibt es hier: gleft.de/4lx

Frühe Selektion statt längeres gemeinsames Lernen?

Pläne widersprechen dem Berliner Bildungsansatz



Die Antworten des Bezirksamts Treptow-Köpenick auf Anfragen von Karin Kant, Fraktion Die Linke, werfen ein kritisches Licht auf die aktuelle Schulentwicklung im Bezirk. Während offiziell das Ziel eines ausgewogenen Schulnetzes betont wird, zeigt sich in der Praxis eine deutliche Verschiebung: Die Zahl der Plätze an grundständigen Gymnasien – also ab Klassenstufe 5 – soll von derzeit 30 auf 120 pro Jahrgang vervierfacht werden.

Das steht im klaren Widerspruch zum Berliner Bildungsansatz. Dieser setzt bewusst auf eine gemeinsame Primarstufe bis Klasse 6, um Kindern mehr Zeit für gemeinsames Lernen zu geben und frühe soziale Auslese zu vermeiden. Die Ausweitung der Gymnasialplätze ab Klasse 5 bewirkt jedoch genau das Gegenteil.

Zwar betont das Bezirksamt, dass sowohl die Umwandlung von Schu-

len in Gemeinschaftsschulen als auch die Einrichtung grundständiger Gymnasialzüge von den einzelnen Schulen ausgehen muss. Doch diese Darstellung greift zu kurz. Denn: Das Bezirksamt ist keineswegs nur Zuschauer. Es muss der Einrichtung solcher Züge zustimmen und gestaltet über die Schulentwicklungsplanung aktiv das Angebot im Bezirk mit. Die geplante Vervielfachung der Plätze ab Klasse 5 hat konkrete Folgen: Wenn mehr Kinder bereits nach der 4. Klasse aufs Gymnasium wechseln, stehen automatisch weniger Plätze ab Klasse 7 zur Verfügung. Für viele Familien entsteht so ein indirekter Druck, sich frühzeitig für den Gymnasialweg zu entscheiden – unabhängig davon, ob das pädagogisch sinnvoll ist. Eine echte Wahlfreiheit sieht anders aus.

Gleichzeitig zeigt sich bei den Gemeinschaftsschulen ein anderes

Bild. Obwohl es im Bezirk mehrere geeignete Standorte und Ideen gibt – etwa in der Köllnischen Vorstadt oder an der Müggelschlöbchen-Schule – bleibt die Entwicklung hier zögerlich. Dabei sind Gemeinschaftsschulen ein zentraler Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit: längeres gemeinsames Lernen, individuelle Förderung und bessere Chancen für alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft.

Für Kant ist klar: „Bildung darf nicht von früher Selektion geprägt sein. Statt Kinder immer früher aufzuteilen, braucht es starke Gemeinschaftsschulen und den Erhalt der Primarstufe bis Klasse 6. Das Bezirksamt steht in der Verantwortung, diese Entwicklung aktiv zu unterstützen – und nicht durch seine Entscheidungen in die entgegengesetzte Richtung zu steuern“.



Elsenstraße: Bussonderfahrstreifen weiterhin notwendig



Seit der Eröffnung der A-100-Abfahrt Treptow hat sich der eingerichtete Bussonderfahrstreifen zwischen der Straße Am Treptower Park und der Elsenbrücke bewährt. Auch nach der Freigabe des ersten Bauabschnitts der Elsenbrücke wäre es ratsam, diesen Bussonderfahrstreifen zu erhalten. Da zwei stadteinwärts führende Spuren der Elsenstraße auf zwei nutzbare Spuren der Brücke treffen, kann die dritte Spur weiterhin für Busse genutzt werden. „Die Busspur sorgt dafür, dass der ÖPNV auf dieser stark belasteten Strecke zuverlässig vorankommt. Da der Platz dafür vorhanden ist, sollten wir Busse auch weiterhin klar priorisieren. Das hilft allen, die nicht mit dem eigenen Auto unterwegs sind“, erklärt André Schubert, Sprecher für Verkehrspolitik aus der Fraktion Die Linke. Daher hat die Linke in der Bezirksverordnetenversammlung einen Antrag zu Verstärkung des temporären Bussonderfahrstreifens bis zur kompletten Fertigstellung der Elsenbrücke eingebracht. Dieser wurde von der BVV in den Ausschuss überwiesen, der ihm zugestimmt hat. Am 30. April 2026 wird in der BVV darüber entschieden.

„Sonnenkinder“ gerettet – trotz CDU-Enthaltung

Umzug ins Kulturzentrum Schöneweide



Das Familienprojekt „Sonnenkinder“ arbeitete seit vielen Jahren erfolgreich in der Flutstraße 1 in Niederschöneweide. Die Angebote richteten sich an Familien mit Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren: spielen, Spaß haben, sich kennenlernen – die Kinder und ihre Betreuungspersonen.

Dann kam die Kündigung der Räume zum 30. April 2026. Nun gibt es aber, wen wundert es, kein Überangebot an Räumen in der Nähe, die für die Weiterführung des Projektes geeignet und bezahlbar wären. Die Einhorn gGmbH, Betreiberin dieses wichtigen Familienprojekts im Kiez Niederschöneweide, wandte sich auch an die Linke mit der Bitte um Hilfe in diesem Dilemma.

Eine Idee war, nicht genutzte Räume im „Kulturzentrum Schöneweide“ in der Schnellerstraße 81 dafür herzurichten. Nur wurden diese Räume als Lagerräume zum Beispiel für Bestände des Museums Treptow-Köpenick genutzt. Weder der Stadtrat für Kultur (CDU) noch der Jugendstadtrat (CDU) waren geneigt, diesen Vorschlag ernsthaft zu prüfen. Sicher, auch die Bestände des Museums müssen fachgerecht aufbewahrt werden, aber muss das ausgerechnet in einem Haus mit Garten und guten Bedingungen für ein Familienprojekt sein? Noch dazu mit Synergieeffekten für die Kulturarbeit, die dort geleistet wird.

Nach vielen Diskussionen sowohl im Kulturausschuss als auch im Jugendhilfeausschuss brachte die

Linke gemeinsam mit den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD im November 2025 einen Antrag in die BVV ein, in dem das Bezirksamt dringend ersucht wurde, eine Lösung zu finden. Dieser Antrag wurde zwar beschlossen, nur die CDU-Fraktion zeigte sich nicht sehr engagiert und enthielt sich bei der Abstimmung.

Nun, nachdem eine Lösung gefunden wurde und das „Kulturzentrum Schöneweide“ genutzt werden kann, stellt Jugendstadtrat Grammeldorf (CDU) in seiner Pressemitteilung vom 23. März fest, dass Projekte wie die „Sonnenkinder“ unverzichtbar seien. Es ist zu begrüßen, dass diese Erkenntnis auch in der CDU gewachsen ist – besser hinterher als nie.



Barrierefreier Tourismus

In den nächsten fünf Jahren will Treptow-Köpenick das Ziel erreichen, barrierefrei zu sein. Dafür bedarf es auch der transparenten Darstellung barrierefreier Angebote für Touristen und Einheimische. Doch die Website des Tourismusvereins Treptow-Köpenick bietet bislang keine Informationen zu entsprechenden Angeboten. Daher hat die Linke mit Bündnis 90/Die Grünen und SPD einen Antrag in die BVV zur Hervorhebung barrierefreier Angebote auf der Startseite des Tourismusvereins eingebracht. Über den Antrag entscheidet die BVV am 30. April.

Haltung hat einen Preis

Treptow-Köpenick sichert Zukunft des VVN-BdA

X In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick ging es im März um mehr als nur um Quadratmeter und Mietverträge. Es ging um das demokratische Selbstverständnis des Bezirks. Trotz scharfer Attacken der AfD und Ablehnung durch die CDU und FDP Fraktionen, stimmte eine knappe Mehrheit von SPD, Linken und Grünen für die finanzielle Entlastung des Bundes der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA).

Es ist ein klares Signal gegen den Rechtsruck und für eine lebendige Erinnerungskultur: Die Fraktionen der SPD, der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen brachten einen gemeinsamen Antrag ein, um die Räumlichkeiten des VVN-BdA im Bezirk langfristig zu sichern. Kern des Beschlusses ist die Beibehaltung einer reduzierten Miete für

die Räume im Rathaus Treptow, da der Verein die ortsüblichen Marktpreise schlicht nicht stemmen könnte.

Besonders emotional wurde die Debatte, als Philipp Wohlfeil (Die Linke) das Wort ergriff. Er reagierte damit direkt auf Vorwürfe der AfD, die dem Verein und seinen Unterstützern mangelndes Demokratieverständnis unterstellt hatte. Wohlfeil fand dafür deutliche Worte: „Es zeigt sich immer wieder, dass die AfD Meinungsfreiheit nur so lange anführt, wie sie nicht akzeptiert, dass dazu auch Widerspruch gehört.“

Wohlfeil warf den Rechten vor, in einer „völlig eigenen Welt“ zu leben und wies Vorwürfe des Antizionismus gegen seine Fraktion als haltlos zurück. Wer die Arbeit des VVN-BdA in den letzten zehn Jahren verfolgt habe, müsse wissen, dass dieser Verein ein unverzicht-

barer Pfeiler der zivilgesellschaftlichen Aufarbeitung des Nationalsozialismus sei. Die Begründung des Antrags ist zugleich ein Plädoyer für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der VVN-BdA leiste kontinuierliche Arbeit zur Förderung demokratischer Werte und zur Stärkung des Engagements gegen rechtsextreme Tendenzen. Gerade in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung sei diese Arbeit wichtiger denn je.

Die BVV würdigte den Verein als zentralen Akteur für politische Bildung im Bezirk. Ohne die Mietreduzierung stünde die Existenz des Regionalverbands in Treptow-Köpenick auf dem Spiel. Mit der Entscheidung bekennt sich das Bezirksparlament nicht nur zur Geschichte, sondern auch zur Zukunft des Engagements. Philipp Wohlfeil fasste die Stimmung der Befürworter treffend zusammen:

Dass sich die AfD derart am VVN-BdA abarbeite, sei eigentlich das beste Qualitätsmerkmal für dessen Arbeit. „Der BdA leistet einen guten Beitrag, sonst würden Sie sich hier nicht so aufführen“, konterte er in Richtung der AfD-Fraktion.

Am Ende blieb die erwartete knappe Mehrheit stabil. Treptow-Köpenick behält seine antifaschistische Anlaufstelle – und setzt damit ein deutliches Zeichen, dass demokratisches Engagement im Bezirk nicht an hohen Mieten scheitern darf.



Bürgersprechstunde

Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, **Carolin Weingart, Donnerstag, 21. Mai, 10–11.00 Uhr** (telefonisch oder vor Ort)
Hans-Schmidt-Straße 16, 12489 Berlin, Raum 132, Anmeldung unter: (030) 902 97 59 88

Mehr Sichtbarkeit fürs kulturelle Erbe

Dank neuer Denkmalplakette

X Im Bezirk Treptow-Köpenick werden Denkmale künftig besser sichtbar: Das Bezirksamt hat die Einführung und Ausweitung einer einheitlichen Denkmalplakette vorange-

trieben. Die Initiative geht auf den Bürgerdeputierten Norbert Pesterhoff (Die Linke) und einen interfraktionellen Antrag von Linken, SPD und Grünen aus dem Jahr 2020 zurück. Ziel war es, zu prü-

fen, wie viele bezirkliche Denkmale bereits gekennzeichnet sind und fehlende Kennzeichnungen nachzuholen.

Die Plakette orientiert sich an der UNESCO-Kennzeichnung für Kulturgüter. Sie zeigt eine blaue Raute auf weißem Grund mit dem Schriftzug „Denkmal“ und ist etwa so groß wie eine Hausnummer. Laut Landesdenkmalamt Berlin ist sie besonders langlebig und kann ohne Genehmigung angebracht werden. Zudem wird sie Eigentümerinnen und Eigentümern kostenlos zur Verfügung gestellt.

Inzwischen hat das Bezirksamt zahlreiche öffentliche Gebäude mit der Plakette versehen, darunter Schulen, Rathäuser, Bibliotheken und Friedhofskapellen. Die Kennzeichnung wird kontinuierlich erweitert. Petra Reichardt, Mitinitiatorin des Antrags aus der Fraktion Die Linke, betont die Bedeutung der Maßnahme: Viele Denkmale seien auf den ersten Blick nicht erkennbar. Die Plakette erhöhe die Sichtbarkeit und fördere einen bewussteren Umgang mit dem kulturellen Erbe. ●



Auch das Bezirksamt ist schon mit der Denkmalplakette versehen

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:

Mo, Do 15.00–18.00 Uhr
Dienstag 12.00–17.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de



linksfraktiontk

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift der Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Dobrila Kantić, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick, Redaktion Aus dem Rathaus, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin. redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH
Storkower Straße 127A+129, 10407 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 07.04.26
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Montag, 22.06.26
Redaktionsschluss dafür: Dienstag, 09.06.26

Bürgersprechstunde

Gregor Gysi, MdB

Montag, 11. Mai
von 12-18 Uhr

im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Anmeldungen bitte bei
André Schubert unter
63 22 43 57

Zwei Zeitungen: ein Abo!

Null Papier, volle Informationen.
Unsere Zeitungen **Aus dem Rathaus**
und **blättchen** jetzt im digitalen Abo!
#nachhaltiglinks
gleft.de/5jv

KONTAKT

Geschäftsstelle

Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-
koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 13.00 – 17.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Kassenzeiten:

Auf Anfrage

Wahlkreisbüro

Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten Brückenstraße:

Auf Anfrage

www.dielinke-treptow-koepenick.de



dielinketk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der
Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Dobrila Kantić,
Joseph Rohmann

Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,
blättchen-Redaktion, Allendeweg 1,
12559 Berlin.

redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt den Standpunkt der
Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich
sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und
Leserbriefen vor.

Satz: www.karenaugust.de

Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH
Storkower Straße 127A+129, 10407 Berlin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 07.04.26
Erscheinungstag blättchen 312: Mo, 22.06.26
Redaktionsschluss dafür: Di, 09.06.26

Das »blättchen« wird aus Spenden finanziert.

Klingeln, zuhören, informieren

Report: Die Linke an den Haustüren in Oberschöneweide



„Ich habe 47 Jahre gearbeitet und jetzt reicht das Geld nicht für die Miete“, erzählt Frau Schmidt*. Die Rentnerin steckt gerade mitten in den Umzugsvorbereitungen, als Danijela und Hans von Die Linke bei ihr klingeln. Der Umzug ist alles andere als freiwillig: Seitdem sie im wohlverdienten Ruhestand ist, sei die Wohnung „wirklich nicht mehr bezahlbar“. Im Osten aufgewachsen,



hat Frau Schmidt als alleinerziehende Mutter einen Sohn großgezogen, ein Studium absolviert und ein langes Berufsleben vorzuweisen. Doch ihre Wohnung in Oberschöneweide gehört dem privaten Wohnungsriesen Vonovia SE.

Den Frust, dass sich Frau Schmidt nach ihrer Lebensleistung keine kleine Wohnung bei dem Konzern leisten kann, teilen die beiden Parteimitglieder. Zusammen mit rund 20 Aktiven klingeln sie an diesem grauen Samstagnachmittag im März an den Haustüren des Ortsteils – bei den Unternehmen Vonovia, Covivo, Heimstaden und bei privaten Studierendenwohnheimen. „Wir wollen die Mieter:innen mal fragen, wo so der Schuh drückt“, erklärt Danijela. Sie ist seit einem halben Jahr in der Partei und engagiert sich seit einigen Monaten in der Haustür-Arbeitsgemeinschaft der Partei. Heute übernimmt sie die Einführung, die vor jedem Einsatz stattfindet und bereitet die Teilnehmenden auf die Gespräche mit den Mieter:innen vor. Hans Kromrey ist hingegen langjähriges Parteimitglied und war schon an vielen Haustüren. Der Richter tritt im benachbarten Wahlkreis für das Abgeordnetenhaus an und ist heute nach Oberschöneweide gekom-

men, um die Aktion zu unterstützen. Stimmen für sich kann er damit nicht holen, aber darum geht es ihm auch nicht. Vielmehr möchte er zuhören und sich für ein bezahlbares Berlin für alle stark machen.

An den Türen informieren Danijela und Hans die Mieter:innen auch über die kostenlosen Rechts- und Beratungsangebote von „Die Linke hilft“. Damit unterstützt die Partei alle Interessierten in vielerlei Situationen – etwa bei Ärger mit dem Vermieter, Ämtern oder bei Problemen in der Schule. Daneben sammeln sie Unterschriften für die Petition „Berlin bezahlbar machen“. Die Forderungen sind klar: Erstens soll eine Taskforce beim Senat gebildet werden, die konsequent gegen Mietwucher vorgeht. Denn viele Vermieter verlangen deutlich mehr Miete als gesetzlich erlaubt ist. Zweitens soll es einen Mietendeckel für die rund 400.000 Wohnungen in kommunaler Hand geben. Drittens soll der erfolgreiche Volksentscheid von 2021 „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ – aktuell vom Senat unter Kai Wegner (CDU) blockiert – endlich umgesetzt werden. Diese Maßnahmen würden hunderttausenden Berliner:innen helfen, so auch Frau Schmidt. Ihr zugehörig war ihre Wohnung bezahlbar, bis Vonovia diese gekauft hatte. Das ist nicht überraschend: Vonovia und Co. wollen mit Wohnungen Profit erwirtschaften. Mit der Umsetzung des Volksentscheids würde auch die Wohnung von Frau Schmidt in die Hände eines gemeinnützigen Unternehmens übergehen. Durch die Vergesellschaftung und Übertragung an diese öffentliche Anstalt werden die Wohnungen Teil der Daseinsvorsorge. Sie müssen dann keinen Gewinn mehr abwerfen und der Preistreiber wäre ein Riegel vorgeschoben.

Hierfür kann sich die Rentnerin begeistern und unterschreibt eine Petition. Sie betont zudem, wie wichtig es ihr ist, trotz all der Widrigkeiten nicht die Lebensfreude zu verlieren. Zum Abschied dankt sie Danijela und Hans für ihr Engage-

ment. Das herzliche und bewegende Gespräch hallt auch noch nach, als die beiden den anderen Aktiven beim gemeinsamen Abendessen von der Unterhaltung berichten.

*Name von der Redaktion auf Wunsch geändert.

Zahl
des
Monats:
67 %

Offensichtlich geht bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen in Berlin nicht nur die Miete hoch, sondern auch die Zufriedenheit runter: So gaben in einer berlinweiten Umfrage der Initiative Bülow Ost rund zwei Drittel (67%) der Mieter:innen von Landeseigenen an, unzufrieden zu sein. Besonders der Zustand der Wohnanlagen sowie die Heizungs- und Warmwasserversorgung wurden als Gründe genannt. Das ist schwarz-rote Politik, die Berliner:innen wortwörtlich in der Kälte zurück lässt.

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung. Überweisen Sie Ihre Spende bitte an: DIE LINKE Berlin

IBAN:
DE59 1007 0848 0525 6078 03
BIC: DEUTDEDB110,
Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810,
sowie Name, Vorname und
Anschrift angeben

Übrigens: Die Linke nimmt keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten an.

Nein sagen dürfen

Beratung zur Kriegsdienstverweigerung (KDV)



Alle reden über die Wehrpflicht. Vor allem für junge Menschen ist das Thema so präsent wie schon seit vielen Jahren nicht mehr. In Anbetracht der weltpolitischen Situation will die Bundeswehr aktuell feststellen, ob es genügend Freiwillige gibt – dafür ist sie nicht nur auf Jobmessen, sondern auch in Form von Plakaten und Werbevideos im Alltag extrem präsent. Falls auf diesem Weg nicht genug neue Soldat:innen angeworben werden, müssen wir mit einer erneuten Wehrpflicht rechnen. Doch für uns steht fest: unsere Kinder kriegt ihr nicht! Aus diesem Grund hat sich AGH-Kandidatin Lisa Pfitzmann mit einigen engagierten Berater:innen aus der AG Die Linke hilft Treptow-Köpenick zusammengeschlossen, um eine Beratung zur Kriegsdienstverweigerung auf die Beine zu stellen. Junge Menschen sollen selbstbestimmt über ihre Zukunft und ihr

Leben entscheiden können. Die Mehrheit der 18- bis 28-Jährigen ist nicht bereit, sich zum Wehrdienst verpflichten zu lassen. So hat eine Umfrage des DeZIM-Instituts im letzten Jahr ergeben, dass nur 30% dieser betroffenen Altersgruppe für eine Wehrpflicht sind. Die klare Mehrheit lehnt Gewalt ab, will nicht in lebensgefährliche Situationen geraten oder hat Angst vor Diskriminierung innerhalb der Bundeswehr. Wir wollen jungen Menschen beistehen, die sich ihre Selbstbestimmung nicht nehmen lassen wollen und solidarisch mit ihnen für ihre Rechte kämpfen. Das Grundgesetz erlaubt Wehrpflichtigen, den Wehrdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Dafür müssen diese Gründe in einem überzeugenden Schreiben dargelegt werden. Sowohl beim Formulieren dieser Gewissensgründe als auch bei dem bürokratischen Verfahren soll die KDV-Beratung in

Treptow-Köpenick unterstützen. Dabei gibt es allgemeine Informationen zum Ablauf dieses Verfahrens und zu den rechtlichen Hintergründen und anschließend eine individuelle Beratung. Wer schon ein Schreiben erstellt hat, kann in der Beratung noch Verbesserungsvorschläge erhalten. Interessierte können aber selbstverständlich auch ohne vorformulierten Text in die Beratung kommen und sich beim Finden und Strukturieren ihrer persönlichen Gründe unterstützen lassen.

Die Beratung findet ab Mai immer am 2. Donnerstag des Monats ab 18 Uhr im Bürgerbüro Gregor Gysi in der Brückenstraße 28, 12439 Berlin statt.

Anmeldung via Mail über hilfe@dielinke-treptow-koepenick.de oder telefonisch über +49 163 2701371

■ ■ Saskia Koal

Unvergessener NS-Terror

Gedenken an die Köpenicker Blutwoche



Am 21. Juni 1933 begannen SA-Stürme aus Köpenick sowie der einschlägig bekannte „Mordsturm 33“ aus Charlottenburg mit Verhaftungen, Folterungen und der Ermordung von politischen Gegner:innen in Köpenick. Allein an diesem Tag wurden ca. 200 Menschen gefoltert. Schätzungen nach sollen es in dem bis zum 26. Juni 1933 anhaltenden Blutbad insgesamt rund 500 gewesen sein. Die großangelegte Gewaltaktion ging als „Köpenicker Blutwoche“ in die Geschichte ein. Bisher sind über 130 der Folteropfer namentlich bekannt – dazu gehörten neben anderen: Karl Ehrke, Kurt Hagener, Otto Heinrich, Walter Ludwig, Kurt Magdeburg, Karl Pokern, Otto Steinbock, Wilhelm Wehberg, Richard Abmann, die im

SA-Sturmlokal Seestraße (heute Müggelseedamm 132) auf grausamste Weise misshandelt wurden. Mindestens 23 Menschen starben innerhalb



Stolperstein für Richard Abmann, der während der Köpenicker Blutwoche ermordet wurde

der Köpenicker Blutwoche. Ihre Schicksale sind in der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche in der Puchanstraße 12 dokumentiert.

Zur Erinnerung an die Opfer der Köpenicker Blutwoche lädt die Basisorganisation Friedrichshagen der Linken am 21. Juni 2026, um 11.00 Uhr zu einem Gedenkspaziergang ein. Dieser startet am Wohnhaus von Richard Abmann in der Abmannstraße 46, es geht dann zum Grab von Karl Pokern auf dem Friedhof Friedrichshagen und abschließend zur ehemaligen Folterstätte Müggelseedamm 132.

Es empfiehlt sich auch ein Besuch in der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche: Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche Puchanstraße 12 12555 Berlin

Öffnungszeiten:

Di und Do: 10 – 18 Uhr, Sa und So: 14 – 18 Uhr Der Eintritt ist frei.

Termine

Do, 07.05. /// 18 Uhr

Vortrag: „Wenn ich sonntags in mein Kino geh“

Thema: Das Tagebuch- und Erinnerungsarchiv (TEA) Berlin e.V. unternimmt in Zusammenarbeit mit der Akademie der Künste, Sektion Film- und Medienkunst, anhand von Fotos, seltenen Dokumenten und filmischen Erinnerungen einen Streifzug durch die Filmgeschichte Berlins. Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße 33, Eintritt: frei. Anmeldung unter: bohnsdorf@kulturring.berlin oder 030 / 67 89 61 91

Fr, 08.05. /// ab 14 Uhr

Gedenken zum Tag der Befreiung

Die VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) Berlin gedenkt den Opfern des Nationalsozialismus und den Befreier:innen am Sowjetischen Ehrenmal Treptow, Puschkinallee, 12435 Berlin

Mi, 13.05. /// 17.30 Uhr

Landesweites Interessiertentreffen

Thema: Wofür steht Die Linke Berlin und wo und wie können sich Interessierte aktiv einbringen? Diesen und vielen weiteren Fragen widmet sich das landesweite Interessiertentreffen im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, Anmeldung unter: dielinke.berlin/mitmachen/interessiertentreffen

Mo, 18.05., 15.06. /// jeweils ab 15 Uhr

AG Senioren

Thema: Beratung aktueller Fragen des Wahlkampfes zu den Wahlen zur BVV und zum Abgeordnetenhaus von Berlin. Gäste aus anderen Arbeitsgruppen und Linken Vereinigungen sind herzlich willkommen – ebenso wie neue ständige Mitstreiter:innen aus der Altersgruppe 60 plus. Bürgerbüro Gysi, Brückenstraße 28

Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de